

Inhalte:

Aus den VÖB-Instituten	S. 1
Über den Rand geschaut	S. 3
Vom politischen Parkett	S. 5
Neues aus der EU	S. 6
Gut zu wissen	S. 7
Empfehlenswert	S. 9
Quellennachweise	S. 9
Impressum	S. 9

Aus den VÖB-Instituten

Landwirtschaftliche Rentenbank (LR) und L-Bank fördern seit Juli 2007 gemeinsam Unternehmen im ländlichen Raum Baden-Württembergs. Das neue Programm „L-Bank-Invest“ unterstützt Investitionen von gewerblichen Unternehmen, die der Weiterentwicklung der Region und ihrer Dörfer durch Verbesserung der Lebens- und Erwerbsbedingungen dienen.

Gefördert werden kurz- und mittelfristige Investitionen, die die Wirtschaftsstruktur der Region verbessern und Arbeitsplätze sichern oder schaffen. L-Bank-Invest richtet sich an Betriebe mit einem Umsatz bis zu 500 Mio. EUR in Gemeinden mit weniger als 50.000 Einwohnern.

Gefördert werden bis zu 100 Prozent des Vorhabens, in der Regel Investitionen bis zu 1,5 Mio. EUR. Das Programm ergänzt die bislang fehlenden Angebote bei Laufzeiten von 4, 6 und 8 Jahren. Die L-Bank verzichtet im ersten Jahr auf die Erhebung von Bereitstellungszinsen. Die Antragstellung erfolgt über die Hausbank.

Das Programm „Starthilfe Baden-Württemberg“ von **L-Bank und Bürgschaftsbank Baden-Württemberg** ist im Juni 2007 erweitert worden.

Künftig werden nicht mehr nur reine Gründungsfinanzierungen, sondern auch

Vorhaben zur Festigung bestehender Betriebe innerhalb der ersten drei Jahre gefördert. Bei Gründungen hat sich der zu fördernde Gesamtkapitalbedarf auf 150.000 EUR erhöht.

Der bundesweit tätige **High-Tech Gründerfonds**, eine gemeinsame Initiative des Bundeswirtschaftsministeriums mit namhaften Industrieunternehmen (siehe Mittelstandsnews Nr. 4/2005) hat neue Kooperationsvereinbarungen unterzeichnet. Seit Mai 2007 wird mit dem **NRW.BANK.Seed Fonds** und seit Juni 2007 mit der **IBB Beteiligungsgesellschaft mbH** kooperiert, um technologieorientierte Gründungen in NRW und Berlin besser unterstützen zu können.

Insbesondere wolle man sich jeweils über Gründungskonzepte eng austauschen und Erfolg versprechende Gründungen auch gemeinsam finanzieren. Letzteres ermögliche aufgrund der Risikoteilung erste Finanzierungsrunden mit bis zu 600.000 EUR sowohl in NRW als auch in Berlin. Zudem entstehe eine „Hebelwirkung“ für Anschlussfinanzierungen durch die Möglichkeit der Nachfinanzierung.

Die **Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB)**, Mittelständische Beteiligungsgesellschaft (MBG), die Bürgschaftsbank (BB) und - für die Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie die ländlichen und gewerblichen Genossenschaften - der Genossenschaftsverband Norddeutschland haben zur Förderung der klein- und mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein im Juli eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen. Damit soll nicht nur die Transparenz der schleswig-holsteinischen Förderlandschaft sichergestellt werden, sondern die Förderung noch bedarfsgerechter erfolgen können. Über veränderte Förderungen werden die Förderinstitute regelmäßig Schulungen

durchführen, am Hausbankprinzip werde festgehalten.

Die **Thüringer Aufbaubank** kündigte im Mai 2007 neue Kreditprodukte für kleine und mittlere Unternehmen an.

So soll für größere Investitionen in Ergänzung zu den bewährten Investitionszuschüssen der Bund-Länder Gemeinschaftsaufgabe (GA) das neue Darlehensprogramm "Thüringen-Dynamik" mit einer Kredit-Obergrenze von zwei Mio. EUR je Antragsteller und einer Laufzeit von zehn Jahren angeboten werden.

Für kleinere Unternehmen (vor allem für Handwerker, Dienstleister, den Handel und kleinere Industrieunternehmen) sei das Produkt Thüringen-Invest vorgesehen. Hier soll der Zuschuss des Landesinvestitionsprogramms (LIP) (max. 25.000 EUR) mit einem zinsgünstigen Förderkredit (max. 100.000 EUR) kombiniert werden.

Beide Kreditprodukte sollen über revolvingende Fonds gespeist werden; die Finanzierung werde zu 75 Prozent über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) erfolgen. Die Kredittilgung fließe zurück in den Fonds und stehe erneut für die Wirtschaftsförderung zur Verfügung.

Für die Förderperiode 2007 bis 2013 soll für beide Programme ein Darlehensvolumen von rund 150 Mio. EUR bereitgestellt werden.

Im Mai 2007 hat die neu gegründete Repräsentanz der **NORD/LB Norddeutsche Landesbank** in Moskau ihr operatives Geschäft aufgenommen. Mit der Moskauer Repräsentanz sollen bestehende Kundenbeziehungen in und um Russland intensiviert und die Akquisition von Neugeschäften erleichtert werden. Der

Fokus liegt dabei insbesondere in den von der NORD/LB definierten Zielbranchen Energie, Infrastruktur, Wasser/Abwasserwirtschaft, Transport und Logistik. Darüber hinaus sollen Kontakte geknüpft, gepflegt und ausgebaut werden, die den Kunden der NORD/LB und der von ihr betreuten Sparkassen dabei unterstützen, an den erheblichen Geschäftspotenzialen im russischen Markt zu partizipieren. Des Weiteren soll auch die Produktpalette für Russlandgeschäfte erweitert werden.

NordLB und WestLB stärken als neue Gesellschafter der S CountryDesk GmbH das Netzwerk der Sparkassen-Finanzgruppe zur internationalen Begleitung kleiner und mittelständischer Unternehmen ins Ausland.

Die NORD/LB wird insbesondere durch ihre Kooperation mit der DnB NOR schwerpunktmäßig ihre Kompetenz und Leistungsfähigkeit als Relationship Manager für den Ostseeraum in das Netzwerk einbringen und damit das Angebot für mittelständische Firmenkunden der Sparkassen bundesweit deutlich erweitern. Die WestLB wird ihre Brasilien-Kompetenzen in das Netzwerk einbringen.

Die regionalen Sparkassen können ihren Kunden über S CountryDesk das Wissen und die Kontakte spezialisierter Institutionen aus dem Sparkassenverbund zur Verfügung stellen.

Im europäischen Netzwerkprojekt zur regionalen KMU-Finanzierung (FinNetSME) sind 19 Förderinstitutionen aus acht EU-Mitgliedsstaaten zusammengeschlossen, darunter aus Deutschland die Landesförderbanken **Investitionsbank Schleswig-Holstein, Investitionsbank Berlin, Investitionsbank Sachsen-Anhalt, NRW.BANK und die Sächsische Aufbaubank.**

MittelstandsNews 3/2007

Auf der Basis eines intensiven Erfahrungsaustauschs hat das Netzwerk gemeinschaftlich neue Finanzierungsmodelle für KMU in Europa entwickelt, die Eingang in die Produktpalette der Banken finden können.

Neben konkreten Finanzierungsbeispielen wurde auch ein Finanzierungs-Leitfaden „FinNetSME – Experiences And Practices“ vorgestellt, der Handlungsempfehlungen für regionale Förderinstitutionen und Entscheidungsträger formuliert. Informationen dazu im Internet unter www.finnetsme.org.

Die **LfA Förderbank Bayern** hat seit Juni 2007 das bestehende Programm für Exportgarantien zu einem Garantieprogramm für Auftragsfinanzierungen erweitert. Während bisher das Programm nur Auslandsaufträge umfasse, werden nun zusätzlich auch Inlandsaufträge sowie auftragsbezogene Vorfinanzierungskredite (Betriebsmittelkredite) abgesichert. Das neue Programm richte sich an mittelständische Betriebe mit ausreichender Bonität.

Für auftragsbezogene Kreditrahmen, die den Unternehmen von ihren Hausbanken eingeräumt werden, übernehme die LfA mit einer Ausfallgarantie das Risiko von 50 Prozent der Finanzierungssumme (maximal 5 Mio. EUR). Bei kleinen und mittleren Unternehmen können bis zu 60 Prozent der Finanzierungssumme übernommen werden, sofern das LfA-Risiko 1,5 Mio. EUR nicht übersteige.

Die Betriebe erhalten auf diese Weise die bei der Abwicklung größerer Aufträge üblichen Bietungs-, Anzahlungs-, Vertragserfüllungs- und Gewährleistungsgarantien und erweitern ihre Liquidität.

Über ihre **Beteiligungsgesellschaft CFH** hat die **Sachsen LB** einen Osteuropa-

Wachstumsfonds aufgelegt, der investitionswilligen Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mindestens 10 Mio. EUR Finanzierungshilfen in Form von stillen und direkten Beteiligungen anbietet.

Aus den Fondsmitteln sollen vorrangig mittelständische Unternehmen mit Sitz oder Standort im Freistaat Sachsen finanziert werden, die nach Osteuropa expandieren oder dort eine Betriebsstätte aufbauen wollen.

Der Fonds ist zunächst mit zehn Mio. EUR ausgestattet. Geplant sind im ersten Schritt etwa zehn Investitionsfinanzierungen. Bei entsprechendem Bedarf sei eine Aufstockung der Fondsmittel möglich.

Der Fonds sei für weitere Investoren offen und setze auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit, die zum Beispiel eine gemeinsame Beteiligung an einer zu gründenden osteuropäischen Tochtergesellschaft zum Gegenstand haben könnte.

Im Rahmen ihrer Initiative „Kleiner Mittelstand“ bietet die **KfW Mittelstandsbank** seit dem 2. Juli 2007 Unternehmen und Freiberuflern, die seit zwei Jahren am Markt tätig sind, in ihrem Basisprodukt für Fremdkapital - dem Unternehmerkredit - eine 50%-ige Haftungsfreistellung an. Hausbanken werde auf diese Weise die Kreditgewährung zugunsten von Mittelständlern erleichtert.

Über den Rand geschaut

Die **HypoVereinsbank (HVB)** setzt ihre seit Frühjahr unter dem Label "HVB Business Class" laufende Geschäftskundenoffensive fort und wirbt seit Anfang Juli mit einem kostenlosen Girokonto für Unternehmer. Dem Kunden werde dabei ein Produktbündel verkauft.

Das "HVB WillkommensKonto Business" gehört zu einem Angebotspaket für Geschäftskunden. Es bietet eine gestaffelte Verzinsung für das Durchschnittsguthaben von bis zu drei Prozent p.a. . Kostenlos enthalten sind neben der Finanzsoftware HVB eFIN auch die HVB MasterCard für Geschäftskunden und eine ec-/Service-Karte. Der monatliche Paketpreis von 15 EUR kann ab einer bestimmten Einlagenhöhe (mehr als 75.000 EUR) entfallen. Hierbei wird die Summe aller privaten und geschäftlichen Anlagen des Unternehmers aber auch seiner Ehefrau und Kinder berücksichtigt.

Die Produktfrequenz soll jedoch in Einklang mit der Kundenzufriedenheit stehen. Daher werde ein neues leistungsabhängiges Vergütungssystem eingeführt, das die Kundenzufriedenheit berücksichtige. Je nach Aufgabenstellung der Mitarbeiter werden zwischen 10 bis 20 Prozent des Bonus zukünftig von der Kundenzufriedenheit abhängen.

Darüber hinaus beabsichtigt die **HypoVereinsbank** mit "GrÜN", einem Existenzgründerprogramm für Geschäftskunden, das Potenzial von jährlich 900.000 Gründungen in Deutschland künftig besser auszunutzen. Die neuen Unternehmer sollen durch speziell geschulte Berater an zehn geplanten deutschlandweit verteilten Standorten begleitet werden. Mit Hilfe eines Internet-Tools können Interessenten den nächstgelegenen "GrÜN"-Betreuer in ihrer Region ermitteln und Hilfestellungen für die Vorbereitung auf das Bankgespräch erhalten.

Zudem werde es künftig spezielle Produktlösungen sowohl für den anfänglich kleinen wie auch für den großen Gründer und Nachfolger geben.

Im internationalen kommerziellen Bankgeschäft möchte die **HypoVereinsbank** für deutsche Unternehmen die Marktfüh-

erschaft erzielen und hat deshalb die Initiative "Excellent in Foreign Markets" gestartet. So soll u. a. das Expertennetz in der Region ausgebaut und die branchenspezifische Kompetenz gesteigert werden. Die Bank erwartet im Außenhandel ein zweistelliges Wachstum. Derzeit trage das internationale Geschäft rund ein Fünftel zu den operativen Erträgen im Firmenkundengeschäft bei. Bis zum Jahr 2010 soll es ein Viertel des Volumens sein.

Die Initiative „Excellent in Foreign Markets“ umfasst folgende Maßnahmen:

Zwischen Produktentwickler und Außenhändler:

- Integration der Außenhandelsberater in die Division Firmenkunden,
- Bündelung der Produktkompetenz in einer UniCreditübergreifenden Division „Global Financial Services“.

Zwischen Außenhändler und Kunde:

- Einstellung von Außenhandels-Spezialisten aus der Industrie: In Regionen mit exportlastigen Branchen oder Unternehmen (evt. Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen) wird im Außenhandels-Team ein Mitarbeiter mit Industrieexpertise tätig sein.
- Pilotprojekte mit der Industrie: Entwicklung gemeinsamer Konzepte für das Forderungsmanagement oder das Global Trade Management.
- Pro aktive Begleitung der stetigen Erweiterung von Geschäftsmöglichkeiten - von den traditionellen Exportmärkten hin zu neuen Emerging Markets. Hierzu gehören auch einige ehemalige GUS- sowie afrikanische Länder.

Die **Commerzbank** und **KfW Bankengruppe** haben einen weiteren Vertrag über ein Globaldarlehen in Höhe von 500 Mio. EUR unterzeichnet. Den durch die KfW-Refinanzierung gewonnenen Vorteil gibt die Commerzbank vollständig an ihre mittelständischen Kunden in Form von zinsgünstigen Krediten weiter.

Vom politischen Parkett

Die **Bundesregierung** hat zum 1. Juli 2007 eine Prämiensenkung um 20 Prozent bei ausgewählten staatlichen Exportkreditgarantien („Hermesdeckungen“) vorgenommen. Das betrifft die Sammeldeckungen „Ausfuhr-Pauschal-Gewährleistungen“ (APG) und „Ausfuhr-Pauschal-Gewährleistungen-light“ (APG-light), die Exportgeschäfte zu kurzfristigen Zahlungsbedingungen mit Kunden außerhalb der EU und den Kernländern der OECD absichern und insbesondere von zahlreichen kleinen und mittelständischen Unternehmen genutzt werden.

Das **Bundesministerium der Finanzen** hat Anfang Mai 2007 in einem Eckpunktepapier angekündigt, die Rahmenbedingungen für die Bereitstellung von Wagniskapital an junge Unternehmen durch ein neues Wagniskapitalbeteiligungsgesetz erheblich zu verbessern.

Auf die Einzelheiten für das neue Wagniskapitalgesetz wurde sich zwischenzeitlich verständigt. Danach sollen die neuen Regelungen für Unternehmen mit einer Eigenkapitalausstattung von bis zu 20 Mio. EUR und einem Unternehmensalter von bis zu zehn Jahren gelten. Es sollen folglich nicht nur die Frühphasenfinanzierungen, sondern auch die Wachstumsfinanzierungen von dem Gesetz profitieren. Vorgesehen ist u. a. auch, dass Wagniskapitalgesellschaften zukünftig generell als vermögensverwaltend gelten und dass auf Managementdienstleistungen von Beteiligungsfonds keine Umsatzsteuer erhoben werden soll.

Die steuerliche Behandlung von Anfangsverlusten junger, innovativer Unternehmen soll ebenfalls stark verbessert werden. Für die Business Angels soll der Freibetrag für Veräußerungsgewinne auf 20.000 EUR erhöht werden.

Das Bundeskabinett will den Entwurf des Wagniskapitalbeteiligungsgesetzes noch im Sommer beraten.

Das **Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)** hat im Juli das High-Tech-Programm THESEUS aufgelegt. THESEUS ist Teil des von der Bundesregierung verkündeten Programms „Informationsgesellschaft Deutschland 2010 (iD2010)“.

Mit dem THESEUS Programm sollen Basistechnologien, Standards und viel versprechende Anwendungen für neue internet-basierte Produkte und Dienste entwickelt und erprobt werden. Ziel ist die Schaffung einer neuen Wissensinfrastruktur, mit der das Wissen im Internet besser genutzt und verwertet werden kann.

THESEUS hat eine Laufzeit von fünf Jahren und wird vom BMWi zunächst mit ca. 90 Mio. EUR gefördert. Zusätzliche 90 Mio. EUR werden als Eigenmittel der beteiligten Partner aus Industrie und Forschung aufgebracht, so dass insgesamt rd. 180 Mio. EUR in zukunftsweisende Forschungsarbeiten zur Weiterentwicklung des Internets fließen werden.

Das Zweite Mittelstandsentlastungsgesetz (MEG II) wurde im **Bundesrat** verabschiedet. Damit werden Unternehmen von überflüssigen bürokratischen Lasten befreit. Das Gesetz sieht unter anderem die Anhebung der Gewinnschwelle für die Buchführungspflicht von 30.000 EUR auf 50.000 EUR vor. Ferner sollen Existenzgründer in den ersten drei Jahren von statistischen Meldepflichten freigestellt werden. Kleinunternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten müssen pro Jahr nur noch mit maximal drei statistischen Stichprobenerhebungen rechnen.

Mit dem MEG II wurde auch das Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ geändert (siehe VÖB-Mitteilung Nr. 314/07 vom 9. Juli 2007).

Neues aus der EU

Gemäß der im Juni 2007 zwischen der **Europäischen Kommission und der Europäischen Investitionsbank (EIB)** abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung sieht die neue Fazilität für Finanzierungen auf Risikoteilungsbasis (Risk Sharing Finance Facility - RSFF) eine Ergänzung von Mitteln aus dem Gemeinschaftshaushalt im Rahmen des FP7 durch Finanzierungen der EIB vor (im Zeitraum 2007 - 2013 jeweils eine Milliarde EUR durch EIB und EU).

Ziel sei es, durch die Risikoaufteilung zwischen EU und EIB private und öffentliche, mit höherem Risiko verbundene Investitionen in Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration sowie Innovation zu fördern.

So will die EIB für kleine und mittlere Vorhaben bzw. Unternehmen neue Globaldarlehen mit Risikoteilung entwickeln, die es den zwischengeschalteten Instituten ermöglichen, Finanzierungen begrenzten Umfangs auf der Basis von Risikoteilung bereitzustellen.

Gefördert werden sollen traditionelle Sachinvestitionen bis hin zu Ausrüstungs- und immateriellen Investitionen wie beispielsweise Betriebsaufwendungen für FuE, Gehältern von Forschern, Mitgliedern der Geschäftsleitung und ausführenden Mitarbeitern, Kosten von Versorgungseinrichtungen und Verbrauchsmaterialien, Aufwendungen für den Erwerb von Urheberrechten oder für den Schutz von geistigem Eigentum sowie - unter bestimmten Voraussetzungen - Leasing und Abschreibungen.

Im sogenannten „Guide to Financial Issues“, dessen erste Fassung die Europäische Kommission nun veröffentlicht hat, werden die Richtlinien für die Finanzierung von Projekten im 7. Forschungsrahmenprogramm (RP7) interpretiert und erläutert. Der Leitfaden soll als ein Nach-

schlagewerk und Referenzhandbuch zur Projektfinanzierung im Forschungsrahmenprogramm verstanden werden. Er enthält u. a. Modellrechnungen für den Umgang mit verschiedenen Kostenarten (Personalkosten, Investitionsgüter, Reisekosten, Verbrauchsmaterial, Unteraufträge) und umfangreiche Informationen zu den finanziellen Aspekten der Projektdurchführung.

Der Entwurf des Leitfadens ist unter http://www.forschungsrahmenprogramm.de/offizielle_dokumente.htm#Leitfaden abrufbar. Da noch viele Aspekte in der Verhandlungsphase der Projekte für den Einzelfall geklärt werden müssen, wird der Leitfaden voraussichtlich alle 6 Monate aktualisiert werden.

Nachdem im Februar 2007 das Europäische Parlament die **Europäische Kommission** aufgefordert hatte, ein einheitliches Statut für die Europäische Privatgesellschaft zu erarbeiten, hat diese nun eine öffentliche Konsultation gestartet. Die Kommission möchte wissen, auf welche Hindernisse Firmen – und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) – bei grenzüberschreitenden Geschäften in der EU stoßen und wie das geplante Statut für die Europäische Privatgesellschaft aus inhaltlicher Sicht beschaffen sein sollte. Die Antworten werden in die anstehende Folgenabschätzung und den etwaigen Vorschlag für einen Rechtsakt einfließen. Konsultationsschluss ist der 31. Oktober 2007. Den Fragebogen finden Sie unter: http://ec.europa.eu/internal_market/company/epc/index_de.htm.

Die Initiative zur Schaffung eines Statuts für die Europäische Privatgesellschaft ist Teil des im Jahr 2003 angenommenen Aktionsplans für Gesellschaftsrecht und Unternehmensverfassung („corporate governance“). Durch eine in allen Mitgliedstaaten einheitliche europäische Rechtsform soll es den europäischen

MittelstandsNews 3/2007

KMU leichter gemacht werden, grenzüberschreitende Geschäfte zu tätigen.

Gut zu wissen

Das **Institut für Mittelstandsforschung Bonn (IfM)** hat im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen eine Studie durchgeführt, um den Anteil der Familienunternehmen i. e. S. an der Anzahl, der Beschäftigung und am Umsatz aller Unternehmen in Deutschland zu ermitteln.

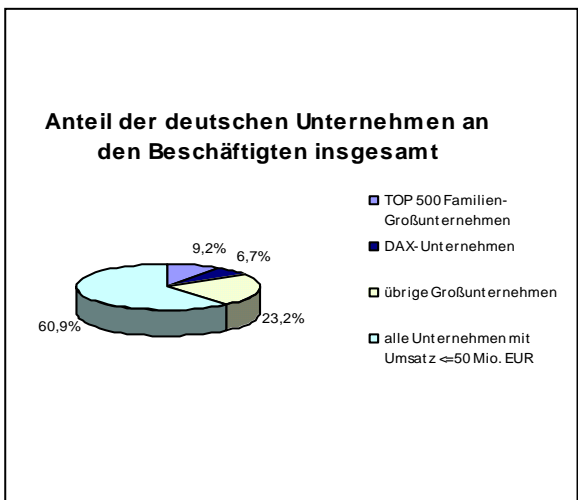
Insgesamt seien rund 95 Prozent aller deutschen Unternehmen Familienunternehmen, für die die Einheit von Eigentum und Leitung charakteristisch sei.

- Sie erzielen rund 42 % der Umsätze der deutschen Unternehmen.
- Sie stellen ca. 57 % aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse.

Das IfM hat erstmals auch alle Großunternehmen (Ausweis im Unternehmensregister als rechtliche Einheit mit 50 Mio. EUR und mehr Jahresumsatz) herausgefiltert, das sind ca. 8.500 Unternehmen. Durch Abgleich der Eigentümerstruktur wurden diese zu wirtschaftlichen Einheiten konsolidiert und auf Familienkontrolle (Familienunternehmen i. w. S.) untersucht.

Übrig blieben ca. 3.500 unabhängige Großunternehmen, von denen etwa 1.200 Familienunternehmen i. w. S. sind. Für letztere wurde für den Zeitraum 2003 bis 2005 eine Rankingliste der Top 500 erstellt (nach Umsatz). Bezeichnend ist, dass die Top 500 Familienunternehmen in 2005 rund 2,2 Mio. Mitarbeiter hatten. Sie stellen fast jeden zehnten Arbeitsplatz. Rund 11 Prozent aller Umsätze werden in den Top 500 gemacht.

Auffällig ist darüber hinaus der hohe Beschäftigtenanteil bei den großen Familienunternehmen, wenn man diese mit den DAX-Unternehmen vergleicht. Die 500 größten Familienunternehmen hätten ganz wesentlich zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Deutschland beigetragen.



Quelle: IfM Bonn

Das **Institut für Mittelstandsforschung Bonn (IfM)** hat die Ergebnisse der vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Sonderauswertung des Unternehmensregisters für das Berichtsjahr 2004 veröffentlicht. Demzufolge gab es im Jahr 2004 in Deutschland rd. 3,4 Mio. Unternehmen. Davon hatten rd. 3 Mio. Unternehmen weniger als 10 Beschäftigte und erwirtschafteten einen Jahresumsatz unter 1 Mio. EUR.

Unternehmen mit Umsatz von ... bis ... Euro ²⁾	Unternehmen mit ... bis ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten					Unternehmen insgesamt ³⁾
	0 – 9 ⁴⁾	10 – 49	50 – 249	250 – 499	500 und mehr	
	Anzahl					
bis 1 Mio.	3.009.249	105.697	13.625	1.532	975	3.131.078
über 1 Mio. – 2 Mio.	75.227	55.758	1.721	175	159	133.040
über 2 Mio. – 10 Mio.	38.943	66.941	16.217	488	356	122.945
über 10 Mio. – 25 Mio.	3.361	6.595	11.511	645	285	22.397
über 25 Mio. – 50 Mio.	920	1.312	4.742	1.196	280	8.450
über 50 Mio.	650	706	2.562	2.093	2.691	8.702
insgesamt	3.128.350	237.009	50.378	6.129	4.746	3.426.612

1) Berichtsjahrbezogene Auswertung.
2) Umsatz für Organkreismitglieder geschätzt.
3) Unternehmen mit steuerbarem Umsatz und/oder mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2004.
4) Einschließlich Unternehmen ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2004, aber mit steuerbarem Umsatz 2004.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Sonderauswertung des Unternehmensregister-Systems 95 im Auftrag des IfM Bonn, Wiesbaden 2007; Berechnungen des IfM Bonn. © IfM Bonn 2007, 13. S.

Quelle: IfM Bonn

Was ist eigentlich NISAX20?

Der NISAX ist der Niedersächsische Aktienindex und bildet die Entwicklung der 20 wichtigsten börsennotierten Unternehmen in Niedersachsen ab. Er wurde von der **NORD/LB Norddeutsche Landesbank** vor fünf Jahren aufgelegt und erreichte in 2007 Rekordhöhe.

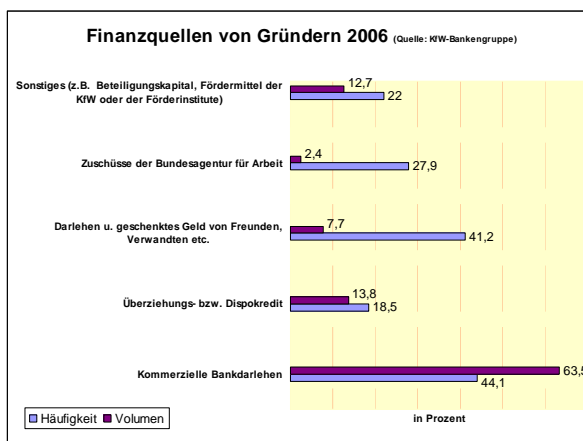
Die Stärke der niedersächsischen Unternehmen zeige sich auch im Vergleich mit anderen Indices wie dem DAX Performanceindex, dem MDAX oder dem bayerischen Regionalindex BAYX30.

Derzeit sind folgende niedersächsische Aktiengesellschaften im NISAX20 abgebildet: AWD Holding, Berentzen, CEWE Color Holding, Continental, Delticom, Deutsche Hypothekenbank, H&R Wasag, Hannover Rück, Hoeft & Wessel, KWS Saat, Linos, LPKF Laser & Electronics, Maternus Kliniken, Plambeck Neue Energien, Salzgitter, Sartorius, Symrise, TUI, Viscom, Volkswagen (in alphabetischer Reihenfolge).

Der **KfW-Gründungsmonitor** ist eine seit dem Jahr 2000 durchgeführte repräsentative Erhebung des Gründungsgeschehens bei jährlich 40.000 zufällig ausgewählten in Deutschland ansässigen Personen. Die neueste Veröffentlichung in 2007 konstatiert, dass das Gründergeschehen in Deutschland in 2006 deutlich zurückgegangen ist. Die Zahl der Personen im Alter von 18 bis 64 Jahren, die sich in 2006 mit einer Neugründung, Unternehmensübernahme oder -beteiligung selbstständig gemacht haben, sank auf 1,1 Mio. (in 2005 noch 1,3 Mio.). Ursächlich dafür seien die abnehmenden Gründungen aus der Arbeitslosigkeit sowie das Vorziehen einer abhängigen Beschäftigung als scheinbar erste Reaktion auf den konjunkturellen Aufschwung. Eine Trendwende zeichne sich ab. So sei die Zahl der Gründungsplanungen außergewöhnlich hoch.

Ein Hemmschuh des deutschen Gründungsgeschehens sei auch das - im Vergleich zu anderen hoch entwickelten Volkswirtschaften (wie z. B. den USA) - pessimistische Gründungsklima.

Weitere Einzelheiten erhalten Sie unter: http://www.kfw.de/DE_Home/Service/Online_Bibliothek/Research/PDF-Dokumente_Gruendungsmonitor/KfW_Gruendungsmonitor_2007_lang.pdf



Quelle: KfW-Bankengruppe

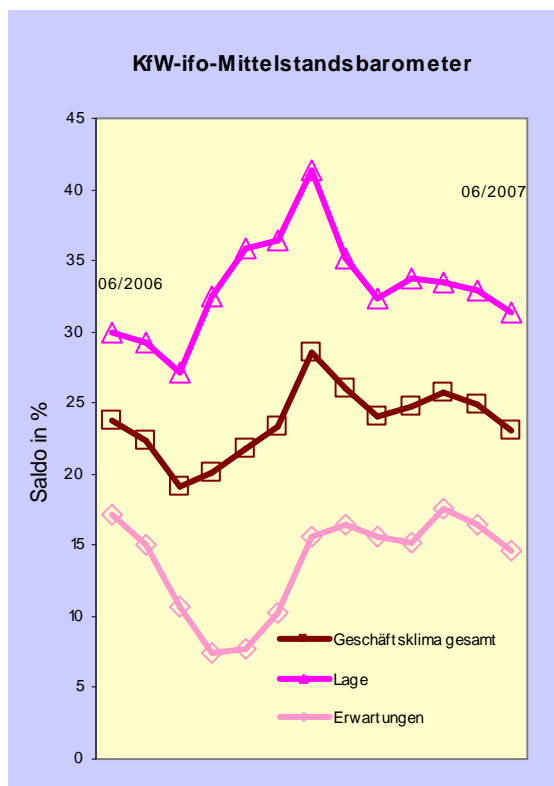
Auf einem neuen Internetportal werden Informationen rund um die Selbständigkeit in der Franchise-Branche kostenlos zur Verfügung gestellt. Initiatoren sind der **Deutsche Franchise-Verband (DFV)**, die Internetportale www.franchise-net.de und www.franchiseportal.de sowie die Printmedien der Branche: franchiseErfolge, Impulse-Gründerzeit und Starting Up.

Weitere Informationen unter: <http://www.erst-informieren-dann-gruenden.de/>

Das monatlich gemeinsam von der **KfW Bankengruppe** und dem **Münchener ifo Institut** berechnete Geschäftsklima kleiner und mittlerer Unternehmen ist leicht rückläufig. Die Mittelständler bewerteten sowohl ihre Geschäftserwartungen als auch ihre Geschäftslage etwas schwä-

MittelstandsNews 3/2007

cher. Die Ergebnisse würden aber eine weiterhin dynamische wirtschaftliche Entwicklung anzeigen.



Quelle: KfW-Bankengruppe

netsme.org, www.presseportal.de,
www.westlb.de

Sie wollen diesen Newsletter abonnieren?

Dann schreiben Sie bitte eine E-Mail an: beate.siewert@voeb.de. Geben Sie einfach den Betreff „MittelstandsNews“ an. Hinweise und Anregungen nehmen wir gern entgegen.

Weitere Newsletter des VÖB

- Finanzmarktnews
- News Zahlungsverkehr
- VÖB-Zins-Prognose-Spektrum
- VÖB-Aktienmarkt-Prognose

Interessiert? Dann schreiben Sie uns eine E-Mail an postmaster@voeb.de. oder registrieren Sie sich unter www.voeb.de Abo-Service.

Empfehlenswert

BMWi, Wissen - Ein Leitfaden, Juni 2007, www.wissenmanagen.de

Quellennachweise

Börsenzeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Handelsblatt, www.bmwi.de,
www.aufbaubank.de, www.ib-sh.de,
www.buergschaftsbank.de, www.lfa.de,
www.bundesrat.de, www.ifm-bonn.de,
www.commerzbank.de, www-l-bank.de,
www.europa.eu.int/, www.nordlb.de,
www.bundesregierung.de, www.bundesfinanzministerium.de, www.sachsenlb.de
www.hypovereinsbank.de, www.ibb.de,
www.rentenbank.de, www.nrw.bank.de,
www.kfw-bankengruppe.de, [### Impressum:](http://www.fin-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, (VÖB), e.V.
 Lennéstr. 11, 10785 Berlin
 Telefon : (030) 81 92-0, Fax : (030) 81 92 2-22
 E-Mail : postmaster@voeb.de, Internet; www.voeb.de

Ansprechpartner: Beate Siewert
 Redaktionsschluss: 31. Juli 2007